

PRESSE

Zitat: BBU, 27.08.2016

BBU: Äußerungen des NRW-Bauministers zu Bürgerinitiativen sind inakzeptable Entgleisung



Als inakzeptable Entgleisung und schamlose Diffamierung von Bürgerinitiativen im Umweltbereich hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU e.V.) die jüngsten Äußerungen des nordrhein-westfälischen Bauministers Michael Groschek bezeichnet. Um seine rückwärtsgewandte Betonpolitik durchzusetzen, sei dem Sozialdemokraten offensichtlich jedes Mittel recht, erklärt der Dachverband zahlreicher Bürgerinitiativen. Der BBU betont die wichtige Rolle der Initiativen: Ohne ihre Aktivitäten gäbe es keine Energiewende, keinen wirksamen Immissionsschutz vor Ort und einen ungezügelter Flächenverbrauch.

Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU erklärt: „Die Äußerungen Groscheks zeugen von einem gestörten Verhältnis zur Zivilgesellschaft. Bundesweit setzen sich Bürgerinitiativen selbstlos und ehrenamtlich zum Schutz von Biotopen und Freiflächen, für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und für den Immissionsschutz ein. Dabei müssen sie oft engagiert und mutig Auseinandersetzungen mit Behörden führen, die Projekte ohne die gesetzlich festgeschriebene Berücksichtigung des Umwelt- und Gesundheitsschutzes durchdrücken wollen. Statt die wertvolle Arbeit der Bürgerinitiativen anzuerkennen, fällt dem Minister nichts Anderes ein, als sie zu beleidigen und ihr Engagement herabzuwürdigen. Die Erkenntnis, dass die Gesellschaft auf eine intakte Umwelt angewiesen ist, ist an ihm spurlos vorbeigegangen.

Und es wird zynisch, wenn Groschek den Satz fallen lässt: ‚Wir brauchen ein anderes Klima‘. Denn die NRW-Landesregierung trägt mit ihrer Kohlepolitik und dem damit verbundenen Kohlendioxidausstoß zum Klimawandel bei, der zum kontinuierlichen Ansteigen der Temperaturen, zu Extremwetterereignissen und zur Erhöhung des Meeresspiegels führt.“

Das von Groschek geplante „Bündnis für Infrastruktur“ bezeichnet der BBU als „Bündnis für Beton und Umweltzerstörung“. Offensichtlich plant Groschek eine Versammlung der Industrie und des industriefreundlichen Establishments, um Bürgerinitiativen einzuschüchtern. Das zeigt nicht nur, wie weit sich der Minister bereits von den Interessen der Bevölkerung entfernt hat. Groschek verkennt auch, dass die Bewegung der Bürgerinitiativen seit Jahrzehnten in der Auseinandersetzung mit einflussreichen gesellschaftlichen Akteuren erfahren ist. Vor ihrer Macht ist sie nicht zurückgeschreckt. Dies wird auch in Zukunft so bleiben. Der BBU wird die Initiativen dabei mit seinem Wissen und seinen Erfahrungen unterstützen.

Engagement unterstützen

Informationen über den BBU und seine Aktivitäten gibt es im Internet unter www.bbu-online.de; telefonisch unter 0228-214032. Die Facebook-Adresse lautet www.facebook.com/BBU72.
Postanschrift: BBU, Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn.

Zur Finanzierung seines vielfältigen Engagements bittet der BBU um Spenden aus den Reihen der Bevölkerung. Spendenkonto: BBU, Sparkasse Bonn, IBAN: DE62370501980019002666, SWIFT-BIC: COLSDE33).

Der BBU ist der Dachverband zahlreicher Bürgerinitiativen, Umweltverbände und Einzelmitglieder. Er wurde 1972 gegründet und hat seinen Sitz in Bonn. Weitere Umweltgruppen, Aktionsbündnisse und engagierte Privatpersonen sind aufgerufen, dem BBU beizutreten um die themenübergreifende Vernetzung der Umweltschutzbewegung zu verstärken. Der BBU engagiert sich u. a. für menschen- und umweltfreundliche Verkehrskonzepte, für den sofortigen und weltweiten Atomausstieg, gegen die gefährliche CO₂-Endlagerung, gegen Fracking und für umweltfreundliche Energiequellen. Zitat Ende

Zitat: Kölner Rundschau, 27.08.2016

Fragen an Grünen-Politiker Sven Lehmann

„Groschek ist aus der Zeit gefallen“

Herr Lehmann, SPD-Minister Groschek hat gestern die „durchgrünte Gesellschaft“ beklagt. Wie finden Sie das als Grünen-Chef?

Wer noch immer den Gegensatz zwischen Wirtschaft und Umwelt pflegt, ist aus der Zeit gefallen. Es ist doch ein Geschenk, wenn Menschen sich in Bürgerinitiativen engagieren. Es ist das gute Recht eines jeden, sich gegen krankmachenden Fluglärm oder sinnlosen Autobahnausbau bis ins letzte Dorf zu wehren. Wir brauchen mehr Einmischung und keine Basta-Politik.

Müssen wir uns auf eine andere Farbkonstellation für die NRW-Regierung nach 2017 einstellen?

Wir wollen diese Koalition fortsetzen. Grüne und SPD können die Landtagswahl gewinnen, wenn wir unsere gemeinsamen Erfolge herausstellen wie 2012. Die Abwahl von Steinbrück 2005 zeigt hingegen, dass Profilierung auf Kosten des Koalitionspartners von den Wählern nicht belohnt wird. Erwarten Sie von Groschek denn jetzt etwas mehr Zurückhaltung?

Das entscheidet er selber. Mit Grünen jedenfalls ist nur eine Politik machbar, die bei Verkehrsprojekten auf Dialog setzt und die Interessen von Umwelt und Gesundheit der Anwohner berücksichtigt.

– Quelle: <http://www.rundschau-online.de/24655814> ©2016 Zitat Ende

Zitat: Kölner Stadt-Anzeiger: 26. August 2016 - 18:39 Uhr

Grüne: SPD-Minister Groschek ist aus der Zeit gefallen

Pressemitteilung

Köln (ots) - Zwischen den Koalitionspartnern in Düsseldorf wird der Ton gereizter. Nachdem NRW-Verkehrsminister Michael Groschek (SPD) von "Egoisten im Mantel einer Bürgerinitiative" und einer "durchgrünten Gesellschaft" gesprochen hatte, die zahlreiche Planungen verzögerten, holte NRW-Grünen-Chef Sven Lehmann zum Gegenschlag aus. "Wer noch immer den Gegensatz zwischen

Wirtschaft und Umwelt pflegt, ist aus der Zeit gefallen" sagte Lehmann dem "Kölner Stadt-Anzeiger" (Samstagsausgabe). "Es ist doch ein Geschenk, wenn Menschen sich in Bürgerinitiativen engagieren. Es ist das gute Recht eines jeden, sich gegen krankmachenden Fluglärm oder sinnlosen Autobahnausbau bis ins letzte Dorf zu wehren. Wir brauchen mehr Einmischung und keine Basta-Politik", sagte Lehmann, der sich trotzdem für eine Fortsetzung von Rot-Grün nach der Landtagswahl 2017 aussprach: "Wir wollen diese Koalition fortsetzen". Trotzdem warnte der Grüne: "Die Abwahl von Steinbrück 2005 zeigt hingegen, dass Profilierung auf Kosten des Koalitionspartners von den Wählern nicht belohnt wird". Die SPD verlor seinerzeit nach 39 Jahren die Regierungsverantwortung an die CDU. Zitat Ende

Zitat: Derwesten, Tobias Blasius, 25.08.2016, 5:34

Groschek greift Bürgerinitiativen an

An Rhein und Ruhr. NRW-Bauminister Michael Groschek (SPD) will mit einem neuen „Bündnis für Infrastruktur“ die zunehmende Verhinderungsmacht von Bürgerinitiativen bekämpfen. „Egoisten im Mantel einer Bürgerinitiative“ verzögerten vielerorts dringend benötigte Planungen um Jahre, sagte Groschek in einer Brandrede vor der Handwerkskammer Düsseldorf. „Der Schaukelstuhl einer Vorruehstandsgesellschaft kann nicht zum Wappentier Nordrhein-Westfalens werden“, sagte der Minister.

Groschek machte unverhohlen den Zeitgeist einer „durchgrünten Gesellschaft“ für eine Vielzahl von naturschutz- und nachbarrechtlichen Hürden beim Bau von Infrastrukturmaßnahmen verantwortlich. Inzwischen mache man sich mehr Gedanken darüber, wie der in NRW wieder aufgetauchte Wolf gut durchs Land komme, als über den Fluss des Güterverkehrs. „'Willy wählen' wurde abgelöst durch 'Schützt die Wale' und 'Rettet den Wald'“, wetterte Groschek.

Hintergrund sind zahlreiche Einwendungen gegen aktuell wichtige NRW-Projekte, die gerichtsfest bearbeitet werden müssen. So gibt es allein gegen den bis 2020 geplanten reinen Ersatzbau für die marode A1-Autobahnbrücke in Leverkusen bereits 270 Einwendungen. Bei der vom Flughafen Düsseldorf angestrebten Kapazitätserweiterung sind es sogar 41 000 Einwendungen. Auch gegen die vom Bund finanzierte Rhein-Vertiefung zwischen Duisburg und Dormagen für die Container-Schifffahrt regt sich bereits Widerspruch.

„Wir müssen Mutbürgertum organisieren“

Der Bauminister will bis zum Herbst das „Bündnis für Infrastruktur“ aus Persönlichkeiten und Interessenvertretungen berufen, um aktiv gegen das Nein von Bürgerinitiativen aufzustehen. „Wir müssen Mutbürgertum organisieren“, lautet Groscheks Losung. Viele Anwohner seien für gute Argumente empfänglich, wenn man außerhalb der juristisch vorgegebenen Beteiligungsverfahren persönlich für Bauplanungen werbe. „Wir brauchen ein anderes Klima“, forderte der Bauminister.

Groschek kündigte an, seine Akzeptanzinitiative für Infrastruktur zur zentralen

Auseinandersetzung im Landtagswahlkampf zu machen. Er will dies jedoch ausdrücklich nicht als Affront gegen den grünen Koalitionspartner verstanden wissen. „Ich glaube, dass

die SPD gut beraten ist, ihr ureigenstes Profil zu behaupten“, sagte Groschek. Zitat Ende

Zitat: Correctiv.Ruhr, 25.08.2016 (Wir decken Missstände auf. Wir sind unabhängig und nicht gewinnorientiert)

NRW-Bauminister sucht den Streit

Bislang galt die rot-grüne Koalition in NRW als gesetzt. Doch nun hat Bauminister Michael Groschek (SPD) die Debatte für eine Neupositionierung seiner Partei eröffnet. Er greift die "durchgegrünte" Gesellschaft an. Diese müsse verändert werden.

NRW-Bauminister Michael Groschek (SPD) hat vor der Handwerkskammer Düsseldorf eine bemerkenswerte Rede gehalten. Er fordert das Ende einer „durchgegrünten Gesellschaft“. Wer vermutet, dass Groschek damit einen Frontalangriff auf den Koalitionspartner der SPD in NRW startet, die Grünen, hat Recht. Zu 100 Prozent. Groschek sagt: „Der Schaukelstuhl einer Vorruhestandsgesellschaft kann nicht zum Wappentier Nordrhein-Westfalens werden.“ Er spricht von „Egoisten im Mantel einer Bürgerinitiative“. Er sagt: „Wir brauchen ein anderes Klima“. Oder: „Die Endlosschleife an Verschärfungen in der Energieeinsparverordnung muss und wird ein Ende haben.“

Tobias Blasius hat einen schönen Bericht dazu in der [WAZ](#) geschrieben.

Angriff auf die Grünen

Die Rede ist spannend. Sie setzt früh den Ton für die politische Auseinandersetzung gegen die Grünen aus Sicht des Bauministers Groschek aus Oberhausen. Statt Wölfen in NRW will er Eisenbahnstrecken eröffnen, den Güterverkehr organisieren, Rheinbrücken bauen und rote Bänder durchschneiden. Bürgerinitiativen sind aus seiner Sicht vor allem gut, wenn sie Dinge ermöglichen will, nicht wenn sie Einsprüche gegen den Bau einer neuen Infrastruktur sammelt.

Diese Positionierung als Bauminister eröffnet Groschek große Chancen. Er kann auf jede Baustelle gehen und sagen, es geht voran. Er kann die Grünen als Bremser und Weicheier anmalen und damit sein Profil als Kümmerer für die Heimat, als Heimatminister Groschek schärfen. Er kann in Fabriken gehen und rufen, ich bin für Euch da. Eure Arbeit interessiert mich mehr als Tiere, die Umwelt und ruhige Nachbarschaften. Wenn es darum geht, Zukunft für die Industrie zu organisieren, könnt ihr Euch auf mich verlassen.

Groschek kündigt an, die Auseinandersetzung um ein neues Gesellschaftsklima im Wahlkampf zu führen.

Öffnung zur CDU und zur FDP

Diese Botschaft ist für die alte Kernwählerschaft der SPD gedacht. Dort kann sie ankommen. Und zweifelnde Gewerkschafter zurück in die Arme der SPD treiben. Gleichzeitig ist der Angriff gegen die Grünen auch im Industrie- und wirtschaftsnahen Umfeld der CDU verhänglich. Die Position des NRW-CDU-Chefs Armin Laschet wird dadurch geschwächt, den schwarz-grünen Gedankenspiele immer mal wieder umtreiben. Auf einer solchen Anti-Grünen-Gesellschafts-Basis wäre eine große Koalition in NRW denkbar. Doch nicht nur das. Groschek bereitet mit seiner Rede den Boden, um die SPD bei Bedarf auch gegenüber der FDP neu zu positionieren. Die FDP will von den Regulierungen weg, von den Bürgern, die verhindern. Groschek öffnet die Partei für die Liberalen.

Groschek hat Erfahrungen damit seine Partei zu treiben. Vor Jahren wollte er als

Generalsekretär der NRW-SPD seine Partei ähnlich wie die CSU in der CDU aufstellen. Als eigener starker Block, mit eigenen Ansprüchen und Positionen. Das misslang. Groschek wurde zurückgepfiffen.

Auch bei der jetzigen Offensive ist nicht klar, ob die SPD mitgeht. In den Funktionärsrängen sind nicht mehr viele Arbeiter, die in Betrieben gelernt haben politische zu denken und zu handeln. Funktionäre der SPD sind heute viele Akademiker, die in Hochschulen ihre politische Sozialisierung erlebt haben. Diese Leute sind das, was Groschek „durchgegrünt“ nennt.

Auch ist offen, ob der Vorstoß inhaltlich mit der Partei oder mit Hannelore Kraft, der NRW-Ministerpräsidentin (SPD) abgestimmt ist. Kraft hatte zuletzt öffentlich mehrfach gesagt und beteuert, dass NRW nicht schlecht geredet werden soll, dass hier eigentlich alles prima ist – also so ziemlich das Gegenteil von dem, was Groschek erzählt hat.

Zudem ist Kraft für ihre Nähe zur Grünen Ministerin Sylvia Löhrmann bekannt. Der Angriff auf die Grünen dürfte Löhrmann nicht gefallen.

Es kann also passieren, dass Groschek mit seiner Offensive einen Keil in seine eigene, ohnehin geschwächte Partei schlägt. Einen Kampf gegen die Grünen kann er nicht gewinnen. Deswegen sagt Groschek auch, dass er seinen Angriff auf die „durchgegrünte Gesellschaft“ nicht als Affront gegen die Grünen versteht. Sondern dass seine Partei gut beraten wäre, ihr „ureigenstes“ Profil zu behaupten. Zitat Ende

Zitat: WAZ, Tobias Blasius, 24.08.2016

Infrastruktur

Minister Groschek greift "durchgrünte" Bürgerinitiativen an
24.08.2016 | 17:56 Uhr

Minister Groschek greift "durchgrünte" Bürgerinitiativen an



Düsseldorf. NRW-Bauminister Michael Groschek will mit einem neuen „Bündnis für Infrastruktur“ die zunehmende Verhinderungsmacht von Bürgerinitiativen bekämpfen.

Minister Groschek greift "durchgrünte" Bürgerinitiativen an | WAZ.de - Lesen Sie mehr auf:
NRW-Bauminister Michael Groschek (SPD) nimmt bei seiner Attacke auf den politischen

Gegner kein Blatt vor den Mund: „Egoisten im Mantel einer Bürgerinitiative“ verzögerten vielerorts dringend benötigte Planungen um Jahre, sagte Groschek am Dienstag in einer Brandrede vor der Handwerkskammer Düsseldorf. „Der Schaukelstuhl einer Vorruhestandsgesellschaft kann nicht zum Wappentier Nordrhein-Westfalens werden.“

Minister Groschek greift "durchgrünte" Bürgerinitiativen an | WAZ.de - Lesen Sie mehr auf: Groschek machte unverhohlen den Zeitgeist einer „durchgrünzten Gesellschaft“ für eine Vielzahl von naturschutz- und nachbarrechtlichen Hürden beim Bau von Infrastrukturmaßnahmen verantwortlich. Inzwischen mache man sich mehr Gedanken darüber, wie der in NRW wieder aufgetauchte Wolf gut durchs Land komme, als über den Fluss des Güterverkehrs. „'Willy wählen' wurde abgelöst durch 'Schützt die Wale' und 'Rettet den Wald'“, wetterte Groschek.

Bauminister will ein „Bündnis für Infrastruktur“ berufen
Hintergrund sind zahlreiche Einwendungen gegen aktuell wichtige NRW-Projekte, die gerichtsfest bearbeitet werden müssen. So gibt es allein gegen den bis 2020 geplanten reinen Ersatzbau für die marode A1-Autobahnbrücke in Leverkusen bereits 270 Einwendungen. Bei der vom Flughafen Düsseldorf angestrebten Kapazitätserweiterung sind es sogar 41.000 Einwendungen. Auch gegen die vom Bund finanzierte Rhein-Vertiefung zwischen Duisburg und Dormagen für die Container-Schifffahrt regt sich bereits Widerspruch.

Der Bauminister will bis zum Herbst das „Bündnis für Infrastruktur“ aus Persönlichkeiten und Interessenvertretungen berufen, um aktiv gegen das Nein von Bürgerinitiativen aufzustehen. „Wir müssen Mutbürgertum organisieren“, lautet Groscheks Losung. „Wir brauchen ein anderes Klima.“

Groschek kündigte an, seine Akzeptanzinitiative für Infrastruktur zur zentralen Auseinandersetzung im Landtagswahlkampf zu machen. Er will dies jedoch ausdrücklich nicht als Affront gegen den grünen Koalitionspartner verstanden wissen. „Ich glaube, dass die SPD gut beraten ist, ihr ureigenstes Profil zu behaupten“, so Groschek. Zitat Ende